



SCHWEIZERISCHER BUNDES RAT
 CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE
 CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Beschluss 28. Mai 1986

Décision

Decisione

12
 857

Aufzeichnungen und Unterredungen mit Schatzsekretär Baker und einigen anderen Gesprächspartnern in Washington und in New York anlässlich der April-Sitzung der Zehnergruppe

Aufgrund des Aussprachepapiers des EFD vom 20. Mai 1986

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

Herr Bundespräsident

Frau Bundesrätin

Herren Bundesräte

beschlossen:

In der Beilage erhalten Sie die Aufzeichnungen der Unterredungen, welche der Unterzeichnende mit Schatzsekretär Baker und einigen anderen Gesprächspartnern in Washington und in New York anlässlich der April-Sitzung der Zehnergruppe geführt hat.

Vom Aussprachepapier wird Kenntnis genommen.

Für getreuen Auszug,
 der Protokollführer:

D. Stich

Beilagen erwähnt

Verteiler:

Frau Bundesrätin, Herren Bundesräte (7)

BK (3)

EFD (7)

DER VORSTEHER

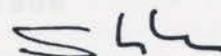
DES EIDGENÖSSISCHEN
FINANZDEPARTEMENTS

982

Washington, D.C.
3003 Bern, den 20. Mai 1986An die Mitglieder
des BundesratesHerr Bundespräsident
Frau Bundesrätin
Herren Bundesräte

In der Beilage erhalten Sie die Aufzeichnungen der Unterredungen, welche der Unterzeichnete mit Schatzsekretär Baker und einigen anderen Gesprächspartnern in Washington und in New York anlässlich der April-Sitzung der Zehnergruppe geführt hat.

Mit freundlichen Grüssen



O. Stich

Beilagen erwähnt

Bundesrat Stich bedankt sich zu Beginn des Gesprächs für die von Schatzsekretär Baker erhaltene Antwort auf seinen Brief in Sachen 10er Gruppe. Die Schweiz verfolge die internationale währungspolitische Diskussion mit grossem Interesse, und sie gedanke im Rahmen der 10er Gruppe einen konstruktiven Beitrag zu leisten. Stich lobt Schatzsekretär Baker für die von ihm ergriffenen währungs- und verschuldungspolitischen Initiativen. In diesem Zusammenhang erkundigt sich Stich, ob amerikanische bereits

102.11 MA/bt

Washington, D.C.
10. April 1986

G e s p r ä c h

von

Bundesrat Otto STICH

mit

James A. BAKER
Sekretar des Schatzamtes

vom 7. April 1985

Amerikanische Teilnehmer:

- Richard Darman, Deputy Secretary
- Thomas Berger, Deputy Assistant Secretary for International Monetary Affairs
- Margaret Tutweiler, Assistant Secretary for Public Affairs and Public Liaison
- Oscar Mackour, Swiss Desk Officer

Schweizerische Delegation:

- Staatssekretär Sommaruga
- Direktor Jucker
- Vizedirektor Kaeser
- Botschafter Jacobi
- Minister de Pury
- Herr Martin

Bundesrat Stich bedankt sich zu Beginn des Gesprächs für die von Schatzsekretär Baker erhaltene Antwort auf seinen Brief in Sachen 10er Gruppe. Die Schweiz verfolge die internationale währungspolitische Diskussion mit grossem Interesse, und sie gedenke im Rahmen der 10er Gruppe einen konstruktiven Beitrag zu erbringen. Stich lobt Schatzsekretär Baker für die von ihm ergriffenen währungs- und verschuldungspolitischen Initiativen. In diesem Zusammenhang erkundigt sich Stich, ob amerikanischerseits bereits

- 2 -

konkretere Vorstellungen über mögliche Verbesserungen im gegenwärtigen Währungssystem vorlägen und ob die Idee einer internationalen Währungskonferenz Bestand habe.

Schatzsekretär Baker erwidert, die Schweiz spiele in Währungsfragen eine wichtige Rolle. Er teile die Meinung, wonach das bevorstehende Treffen der 10er Gruppe mehr als eine Pro-forma-Sitzung sein müsse. Es sei wichtig, Währungsfragen in der 10er Gruppe zu diskutieren. Selbstverständlich würde sich auch die G-5 und der Interims-Ausschuss mit diesen Fragen befassen. Vorläufig befinden sich die USA laut Baker in der Rolle eines aufmerksamen Zuhörers und sehen davon ab, eigene Ideen zu unterbreiten. Auf dem Tisch liegen weiterhin die Berichte der G-10 und G-24, die diskutiert werden müssen. Ferner habe er von Präsident Reagan den Auftrag erhalten, bis Ende Jahr abzuklären, ob eine internationale Währungskonferenz einberufen werden sollte.

Im Vordergrund stehe für ihn die Frage, wie (nicht ob) das internationale Währungssystem zu reformieren sei. Es sei ausgeschlossen, dass das Regime der flexiblen Wechselkurse sang und klanglos über Bord geworfen werde. Die USA wollen sich viel mehr mit der Frage befassen, wie das bestehende System verbessert werden könnte.

Baker bedankt sich für die schweizerische Unterstützung der nach ihm benannten Initiative zur Lösung der Verschuldungsprobleme. Er sei der Auffassung, dass es mit dieser Initiative weitaus besser bestellt sei, als man auf Grund der Zeitungslektüre meinen könnte. Die amerikanische "Trust-Fund"-Idee konnte verwirklicht werden. Die sektoriellen Weltbankkredite nehmen zu. Mexiko, so rühmt Baker, verfolge in der Verschuldungsfrage einen verantwortungsbewussten Kurs. Gewisse Schuldenländer vollziehen aus eigener Ueberzeugung Strukturanpassungsprogramme, ohne dass damit neue Bankkredite verbunden wären.

./..

- 3 -

Zu den bevorstehenden Treffen der 10er Gruppe und des Interims-Ausschusses erklärt Baker, den USA liege daran, dass diese Gremien der von Baker in Seoul vorgeschlagenen Schuldenstrategie ihren Segen erteilen. Die USA sehen keine Alternative zu diesem Approach.

Bundesrat Stich äussert zur Frage einer möglichen Reform des Währungssystems die Auffassung, dass stabile Wechselkurse sicher wünschenswert seien. Dazu brauche es aber eine bessere Konvergenz der wirtschaftlichen Leistungen und kohärentere Wirtschaftspolitiken. Im Zusammenhang mit der Verschuldung meint Stich, es sei wichtig, dass die Industrieländer ihre Märkte offen halten. Dem GATT komme in diesem Zusammenhang eine vorrangige Rolle zu. Stich erkundigt sich, wie Baker die Zusammenarbeit zwischen Währungsfonds und Weltbank beurteilt. Wie lassen sich die kurzfristige Konditionalität des Fonds und die längerfristigen Auflagen der Weltbank unter einen Hut bringen ?

Laut Baker verbessert sich die Zusammenarbeit zusehends. Der "Trust-Fund" institutionalisiere gewissermassen diese Zusammenarbeit, die sich noch verstärken werde. Bereits heute finde, was die in der Baker-Initiative genannten Länder betrifft, ein reger Informationsaustausch zwischen den beiden Institutionen statt. Darman fügt bei, die Zusammenarbeit zwischen Währungsfonds und Weltbank dürfe nicht zu Verzögerungen führen. Der neue Weltbankpräsident werde dieser Zusammenarbeit weiteren Auftrieb verleihen müssen.

Stich äussert die Meinung, ohne das Engagement der Geschäftsbanken sei das internationale Verschuldungsproblem nicht lösbar. Die Geschäftsbanken bevorzugten Projektkredite und seien weniger geneigt, Kredite für den Zahlungsbilanzausgleich zu gewähren. Gewisse Länder beginnen, so Stich, eigene Wirtschaftsprogramme, die nicht vom IMF gebilligt wurden, auszuarbeiten. Wie steht es in solcher Fällen mit der Surveillance ?

./..

- 4 -

Sommaruga kommt in diesem Zusammenhang auf die Umschuldungen im Rahmen des Pariser Klubs zu sprechen. Bisher war zur Umschuldung ein Beistandsabkommen mit dem IMF notwendig. Was geschieht mit Ländern, wie beispielsweise Brasilien, das mit dem IMF kein Beistandsabkommen abschloss ? Sommaruga tritt dafür ein, dass im Rahmen des Pariser Klubs Kriterien ausgearbeitet werden, wann eine mehrjährige Umschuldung in Frage kommt.

Schatzsekretär Baker pflichtet Sommaruga bei. Nach amerikanischer Auffassung bedürfe es zu einer Umschuldung im Pariser Klub weiterhin einer Verbindung zum IMF.

Sommaruga erklärt zur Frage der Konvergenz und der Koordination der Wirtschaftspolitiken, dass die multilaterale Ueberwachung eine wichtige Rolle spiele. Er betont auch den Zusammenhang zwischen der G-10 und den Arbeiten in der OECD (Arbeitsgruppe 3).

Schatzsekretär Baker erklärt, die Frage der multilateralen Ueberwachung werde am Treffen der 10er Gruppe sicher zur Sprache kommen.

Am Schluss des Gesprächs kommt Bundesrat Stich auf das Problem der "Unitary Taxation" zu sprechen. Bundesrat Stich begrüsst die von Präsident Reagan unterstützte Bundesgesetzgebung zur Aufhebung der "Unitary Taxation". Die Schweiz wäre froh, wenn diese Lösung möglichst rasch verwirklicht werden könnte. Bundesrat Stich erkundigt sich, wieviel Zeit dies beanspruchen werde.

Schatzsekretär Baker erwidert, die "Unitary Taxation" sei ein schwieriges Problem. Die USA seien ein Bundesstaat, und Präsident Reagan als ehemaliger Gouverneur Kaliforniens sei der Auffassung, die Steuer- und Ausgabenhoheit der Gliedstaaten dürfe vom Bund nicht eingeschränkt werden. Erst seit kurzem unterstütze Präsident Reagan die bundesstaatliche Gesetzgebung zur Aufhebung der "Unitary Taxation". Diese Gesetzesvorlage werde den Kongress nicht im Schnellzugstempo passieren.

./..

Washington, D.C.
9. April 1985

Erfreulich sei, dass viele Bundesstaaten der Aufforderung, die "Unitary Taxation" abzuschaffen, gefolgt seien. Es verblieben noch 6 Staaten mit einer solchen Steuer, wobei Kalifornien der einzige von Bedeutung sei. Uebrigens habe der Ways and Means-Ausschuss des kalifornischen Parlaments ein Gesetz verabschiedet, dass diese Tax abschaffe. Letztes Jahr sei dieses Gesetz nur wegen der Kontroverse um Wirtschaftssanktionen gegenüber Südafrika im Kongress steckengeblieben.

Baker erklärt, er habe mehr Hoffnung, dass Kalifornien aufgrund einer eigenen Gesetzesvorlage die "Unitary Tax" abschaffe als aufgrund einer bundesstaatlichen Gesetzgebung. Schliesslich, so betont Baker, werde die Verfassungsmässigkeit der "Unitary Taxation" von der Administration auf dem Gerichtsweg angefochten. Wenn Kalifornien die "Unitary Taxation" abschaffe, so sei dollarmässig das Problem zu 95 % gelöst.

Richard D. Erb, Deputy Managing Director
L. J. Whitcomb, Director, European Department
Robert M. G. Brown, Personal Assistant to the Managing Director

Schweizerische Teilnehmer:

- Direktor Jucker
- Vizedirektor Kasser
- Botschafter Jacobi
- Minister de Pury
- Botschafter Martin

Bundesrat Stich erklärt zu Beginn des Gesprächs, dass sich an den guten Beziehungen zu den Briten Wertschätzung nach dem negativen Volkentscheid in der Frage des UNO-Beitritts nicht ändern sollte. Schliesslich habe der Bundesrat im Vorfeld des UNO-Beitritts betont, dass kein sachlicher Zusammenhang zwischen dem UNO-Beitritt und dem Beitritt zu den Briten Wertschätzung bestehe. Stich erinnert daran, dass der Bundesrat

102.11 - MA/bt

Washington, D.C.
9. April 1986

G e s p r ä c h

von

Bundesrat Otto STICH

mit

Jacques de Larosière
Geschäftsführender Direktor des IMF

vom 7. April 1986

Weitere IMF-Teilnehmer:

- Richard D. Erb, Deputy Managing Director
- L.A. Whittome, Director, European Department
- Robert M.G. Brown, Personal Assistant to the Managing Director

Schweizerische Teilnehmer:

- Direktor Jucker
- Vizedirektor Kaeser
- Botschafter Jacobi
- Minister de Pury
- Botschaftsrat Martin

Bundesrat Stich erklärt zu Beginn des Gesprächs, dass sich an den guten Beziehungen zu den Bretton Woods-Institutionen auch nach dem negativen Volksentscheid in der Frage des UNO-Beitritts nichts ändern sollte. Schliesslich habe der Bundesrat im Vorfeld der UNO-Abstimmung betont, dass kein sachlicher Zusammenhang zwischen dem UNO-Beitritt und dem Beitritt zu den Bretton Woods-Institutionen bestehe. Stich erinnert daran, dass der Bundesrat

bereits vor zwei Jahren den grundsätzlichen Beschluss gefasst hat, dem Fonds und der Weltbank beizutreten. Er, Stich, habe vor etwas mehr als zwei Jahren anlässlich einer Pressekonferenz die Meinung vertreten, ein negatives Volksentscheid in der UNO-Frage sei ein Grund, um dem Fonds umso rascher beizutreten. Niemand habe jedoch damals gedacht, dass das Nein so massiv ausfallen würde. Der Bundesrat werde nun vorerst abklären müssen, weshalb sich eine derart erdrückende Mehrheit gegen den UNO-Beitritt gebildet hat.

Zusammenfassend stellt Bundesrat Stich fest, dass der Bundesrat an seinem Grundsatzentscheid von 1982 festhalte. Er könne aber nicht sagen, wann die Beitrittsfrage wieder aufgenommen werde. In der Zwischenzeit sei die Schweiz weiterhin an guten und konstruktiven Beziehungen zum Währungsfonds interessiert.

De Larosière erwidert, er sei froh, dass der Bundesrat an seinem Grundsatzentscheid festhalte. Im Fonds lege man grossen Wert auf die Beziehungen zur Schweiz. Die Schweiz, die den Fonds stets unterstützt habe, sei gewissermassen das beste Nicht-Mitglied. Die Schweiz sei Mitglied der Allgemeinen Kreditvereinbarungen, sie habe die Politik des erweiterten Zugangs mitfinanziert und Zuschüsse an den Zinsverbilligungsfonds geleistet.

De Larosière zeigt sich über das Ausmass der Nein-Stimmen in der UNO-Frage überrascht. Es werde in der Tat interessant sein, die Gründe für die massive Ablehnung des UNO-Beitritts zu kennen. Er sei nicht sicher, dass die Gründe, die zur Ablehnung des UNO-Beitritts führten, im Falle der Bretton Woods-Institutionen ebenfalls zum Tragen kämen. Das Image der Bretton Woods-Institutionen sei von jenem der UNO verschieden. Die Schweiz habe aufgrund ihrer internationalen finanziellen Verflochtenheit alles Interesse, die Verschuldungsprobleme in geordneter und koordinierter Weise zu entschärfen. Der Währungsfonds spiele in dieser Hinsicht eine wichtige Rolle. Es wäre nichts anderes als natürlich, wenn die Schweiz ein vollwertiges Mitglied des IMF würde.

Washington, D.C.
14. April 1988

Im Hinblick auf ein allfälliges Referendum in der Frage eines Beitritts zu den Bretton Woods-Institutionen sei es wichtig, frühzeitig mit der Information zu beginnen. Dem Schweizer Stimmvolk, das den grossen weltpolitischen Auseinandersetzungen skeptisch gegenüberstehe, müsse man klarmachen, dass eine Verpolitisierung der Bretton Woods-Institutionen bisher vermieden werden konnte. Der Nahost-Konflikt, die Spannungen in Zentralamerika hätten keine nennenswerten Auswirkungen auf den Fonds und die Weltbank gezeitigt. Selbst die mit der Mitgliedschaft Südafrikas verbundenen Probleme konnten umschifft werden. Massgebend für die in den Bretton Woods-Institutionen gefällten Beschlüsse seien wirtschaftliche und nicht politische Kriterien.

Bundesrat Stich gibt seiner Hoffnung Ausdruck, dass die Wirtschaft, die sich bei der UNO-Abstimmung einer klaren Stellungnahme enthielt, im Fall der Bretton Woods-Institutionen mehr Engagement zeigen wird. Bundesrat Stich schildert hierauf das Beitrittsverfahren für einen allfälligen Beitritt zu den Bretton Woods-Institutionen. Die Tatsache, dass der Beitritt dem fakultativen Referendum unterstehe, sei ein Grund, sich nicht allzu sehr zu beeilen. Ein Parlamentarier habe den Bundesrat bereits aufgefordert, auf seinen Grundsatzentscheid von 1982 zurückzukommen. Andererseits sei der Bundesrat gewohnt, mit der Referendumsdrohung zu leben.

De Larosière erkundigt sich, wann der Bundesrat nach dem UNO-Entscheid dem Parlament eine Vorlage für einen Beitritt zu den Bretton Woods-Institutionen unterbreiten werde.

Laut Bundesrat Stich ist diese Frage schwierig zu beantworten. Zuerst müsse man die Ursache für die Ablehnung des Beitritts zur UNO analysieren. Ansonsten setze sich der Bundesrat dem Vorwurf aus, aus der UNO-Abstimmung nichts gelernt zu haben. In den nächsten Jahren sei mit einer Vorlage an das Parlament nicht zu rechnen.

De Larosière meint, diese Zeit müsse dazu verwendet werden, um den Stimmbürgern und Stimmbürgerinnen den Währungsfonds verständlicher zu machen.

Whittome erklärt, in den zwei bis drei Jahren bis zum Beitritt müsse die bisherige Zusammenarbeit weitergeführt werden.

Die Unterstützung des Fonds, so schliesst de Larosière, sei gerade in einer Zeit, wo gewisse Länder Schwierigkeiten bekunden, ihre wirtschaftlichen Anpassungsprogramme fortzuführen, wichtig. Die Schweiz habe sich gegenüber dem Fonds immer grosszügig gezeigt. Sie habe sicher ein Interesse, dieser Institution, welche die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit wesentlich mitpräge, beizutreten.

E. Martin

102.11 MA/bt

Washington, D.C.
14. April 1986

G e s p r ä c h

von

Bundesrat Otto STICH

mit

André DE LATTRE
Managing Director
Institute of International Finance

vom 9. April 1986

Schweizerische Teilnehmer:

- Direktor Jucker
- Vizedirektor Kaeser
- Herr Martin

De Lattre beschreibt zu Beginn des Gesprächs die Tätigkeit seines Instituts, dem 200 Geschäftsbanken und etwa 10 assoziierte Mitglieder (v.a. Exportrisikoversicherungsinstitute) angehören. Grundsätzlich bietet das Institut seinen Mitgliedern zwei Arten von Dienstleistungen: Information über die verschuldeten Entwicklungsländer sowie die Möglichkeit, in Arbeitsgruppen Probleme im Zusammenhang mit der Verschuldung zu diskutieren. Die elektronische Datenbank und die periodischen Berichte würden von den Banken sehr geschätzt. Die vom Institut verfassten Länderberichte (etwa 60 pro Jahr) glichen jenen des Währungsfonds. Im Unterschied zum Fonds mache das Institut länderweise Prognosen. Im Fall Mexikos habe das Institut beispielsweise unter Annahme eines Erdölpreises von 15-17 Dollar einen externen Finanzierungsbedarf von 2.5 - 3 Milliarden Dollar prognostiziert.

Ferner ermögliche das Institut seinen Mitgliedern, innerhalb von Arbeitsgruppen Fragen wie Zinscapping, Rückstellungen, Bankenaufsicht zu diskutieren.

Bundesrat Stich erkundigt sich, wie das Institut zu seinen Informationen komme, und wie de Lattre die Situation der Banken in den USA beurteile.

Das Institut, so antwortet de Lattre, entsende jeweils Oekonomen in die betreffenden Länder, bevor ein Bericht verfasst werde. Diese Berichte, die einen wertenden Charakter hätten, würden von den Klein- und Grossbanken sehr geschätzt. Selbst eine Grossbank wie die Citibank benütze regelmässig die Datenbank des Institutes. Zur zweiten Frage von Bundesrat Stich erklärt de Lattre, die amerikanischen Banken hätten grosse Anstrengungen unternommen, um ihre Strukturen zu verstärken. Viele Banken hätten ihre Eigenkapitalbasis verbreitert. Eine bemerkenswerte Entwicklung im Bankgeschäft sei die langsam fortschreitende Ausschaltung der Banken als Finanzintermediäre. Grössere Unternehmen hätten neuerdings einen direkten Zugang zu den neuen Finanzinstrumenten. Es bestehe somit die Gefahr, dass die Banken als Finanzintermediäre mit den schlechten Risiken verbleiben.

Bundesrat Stich erkundigt sich hierauf, ob die Berichte des Instituts den Banken bei der Beurteilung ihrer Reservenpolitik dienen. Laut de Lattre werden die Informationen des Instituts von jeder Bank auf ihre Weise interpretiert. De Lattre kommt in diesem Zusammenhang auf die internationale Harmonisierung der Bankenaufsichtsvorschriften zu sprechen. Eine Arbeitsgruppe des Instituts befasse sich mit dieser heiklen Frage. Im übrigen warte er auf die Veröffentlichung der vom Cook-Komitee erarbeiteten Empfehlungen. Das Problem bei der Harmonisierung der Reservevorschriften bestehe darin, dass die amerikanischen Banken aus steuerlichen Gründen weniger daran interessiert seien als die europäischen Banken. Die stillen Reserven seien in den USA unbekannt.

Washington, D.C., 14. April 1980

Bundesrat Stich entgegnet, in der Schweiz würde die Reservebildung steuerlich begünstigt. Umgekehrt müssten die Banken die Verantwortung für ihre Rückstellungspolitik selber tragen. Eine unterschiedliche Betrachtungsweise zwischen amerikanischen und europäischen Banken besteht, laut de Lattre, auch hinsichtlich der Gewährung neuer Kredite an die stark verschuldeten Entwicklungsländer. Lütolf habe in seinem Kommentar zur Baker-Initiative die Auffassung vertreten, dass das von den Banken einzuschiessende Neugeld nicht aufgrund der ausstehenden Forderungen, sondern der Zinsen berechnet werden müsse.

De Lattre rühmt am Schluss des Gesprächs Schatzsekretär Baker, der ein ausserordentliches Format aufweise. Mit Baker bestünden gute Aussichten, dass der amerikanische Kongress eine Kapitalerhöhung bei der Weltbank billige. Die Wahl Conables als neuer Weltbankpräsident sei sehr zu begrüßen. Bakers Pragmatismus habe auch eine neue amerikanische Dollar-Politik ermöglicht. De Lattre äussert sich en passant sehr zuversichtlich zu den amerikanischen Wirtschaftsaussichten. Der Zerfall der Erdölpreise werde sich, gesamthaft betrachtet, positiv auf die amerikanische Wirtschaft auswirken. Positiv zu vermerken sei ferner die Tatsache, dass sich die USA neuerdings um ihr Budgetdefizit zu kümmern beginnen.

- Vizepräsident Esser
- Botschafter Jacobi
- Minister de Pury
- Herr Zimmerli

Bundesrat Stich tritt am Dienstag des Council of Economic Advisors, ein Bild der gegenwertigen Wirtschaftslage zu zeichnen und erklaert sich speziell, wie die zukunfftige Entwicklung aussehen werde, nachdem Ölpreise und Zinssätze gesunken sind.

De Lattre weist darauf hin, dass in den vergangenen Wochen und Monaten die meisten Prognoseinstitute, Banken und Versicherungen ihre Prognosen für das laufende Jahr nach oben revidiert haben und damit die Prognosen des Council of Economic Advisors (CEA) nicht mehr am oberen Ende der

102.11 - ZI/as

Washington, D.C., 14. April 1986

G e s p r ä c h

von

Bundesrat Otto Stich

mit

Beryl W. Sprinkel

Chairman

Council of Economic Advisers

vom 9. April 1986

Amerikanische Teilnehmer:

Margot E. Machol, Special Assistant to the Chairman

Schweizerische Teilnehmer:

- Staatssekretär Sommaruga
- Direktor Jucker
- Vizedirektor Käser
- Botschafter Jacobi
- Minister de Pury
- Herr Zimmerli

Bundesrat Stich bittet den Chairman des Council of Economic Advisers, ein Bild der gegenwärtigen Wirtschaftslage zu zeichnen und erkundigt sich speziell, wie die zukünftige Entwicklung aussehen werde, nachdem Ölpreis und Zinssätze gesunken sind.

Chairman Sprinkel weist darauf hin, dass in den vergangenen Wochen und Monaten die meisten Prognoseinstitute, Banken und Versicherungen ihre Prognosen für das laufende Jahr nach oben revidiert haben und damit die Prognose des Council of Economic Advisers (CEA) nicht mehr am oberen Ende der

der Skala, sondern im Mittelfeld liege. Für das Wachstum des Bruttosozialprodukts (real) vom IV. Quartal 1985 bis zum IV. Quartal 1986 rechnet der CEA mit + 4 %, womit das Bruttosozialprodukt im Durchschnitt des laufenden Jahres um 3.1 % über dem Niveau des Vorjahres liegen würde. Die Zinssätze liegen heute wieder auf dem Niveau von 1977, die Inflationserwartungen sind stark zurückgegangen und der Ölpreis hat sich ebenfalls sehr deutlich vermindert. Obwohl die Reduktion des Ölpreises als vorübergehend beurteilt wird, erwartet man doch einen nicht unbedeutenden stimulierenden Effekt für die wirtschaftliche Entwicklung. Die Investitionen in der Ölindustrie haben erwartungsgemäss einen Einbruch erlitten; in allen anderen Wirtschaftsbereichen wird aber, aufgrund der Ölpreisentwicklung, mit einer Revision der Investitionsvorhaben nach oben gerechnet. Zudem hat sich die finanzielle Situation der Konsumenten verbessert, weil sich mit den sinkenden Zinssätzen der Wert ihrer Wertpapiere erhöht hat.

Chairman Sprinkel weist zudem darauf hin, dass sich bei den zwei Faktoren, die das Wirtschaftswachstum im Jahre 1985 am stärksten gebremst haben, eine Wende abzeichne: erstens bewege sich das Handelsbilanzdefizit nunmehr nach unten und zweitens sei auch der Lagerabbau zum Stillstand gekommen. Von der Entwicklung des Erdölpreises wird nicht nur ein positiver Einfluss auf die Entwicklung der Teuerung, sondern auch auf die Entwicklung in Industrie und Agrarwirtschaft erwartet. Ein kürzliches Treffen mit Industriellen in Chicago habe den Eindruck bestätigt, dass die Unternehmer einen Wirtschaftsaufschwung erwarteten.

Chairman Sprinkel erwartet, angesichts des relativ hohen Spreads zwischen Diskontsatz und Prime rate, demnächst eine Reduktion der Letzteren. Von tieferen Zinssätzen werde selbstverständlich nicht nur die amerikanische Wirtschaft profitieren, sondern auch die vielen hochverschuldeten Entwicklungsländer.

Bundesrat Stich erkundigt sich, wie weit sich die Bemühungen, bis 1991 ein ausgeglichenes Budget zu erreichen sowie die niedrigeren Zinssätze tatsächlich im Staatshaushalt niederschlagen werden.

Chairman Sprinkel weist auf die laufende Budgetdiskussion hin. Neben den unterschiedlichen Vorstellungen der Republikaner und Demokraten bestünden eben auch innerhalb der republikanischen Partei erhebliche Differenzen bezüglich Budgetpolitik. Der Kongress wolle einen neuen Budgetvorschlag ausarbeiten, wobei das Gramm-Rudman-Amendment sowie die konsequente Ablehnung neuer Steuern durch den Präsidenten enge Schranken setzten und dementsprechend der Vorschlag des Kongresses nicht sehr weit vom ursprünglichen Vorschlag der Administration liegen könne. Chairman Sprinkel ist gegen Steuererhöhungen bzw. neue Steuern eingestellt, weil es auf Kosten des Privatsektors gehe, wenn der Staat mehr ausgeben. Der Präsident habe 200 Mia. Dollar an Ausgabenkürzungen akzeptiert. Wenn nun noch 22 Mrd. Dollar eingespart werden müssten, seien das auf einen Gesamtbetrag von 996 Mrd. Dollar sicherlich nicht mehr drakonische Kürzungen. Diesen Betrag bei den Verteidigungsausgaben einsparen zu wollen, wäre allerdings - angesichts der laufenden Verhandlungen mit der Sowjetunion - politisch nicht sehr klug.

Bezüglich der Realisierung des Gramm-Rudman-Amendments ist Chairman Sprinkel optimistisch. Vorsichtshalber habe man eine Ersatzresolution bereit, weil sehr früh erkannt worden sei, dass das Gramm-Rudman-Amendment möglicherweise als verfassungswidrig beurteilt werde, da es einem Arm der Legislative die Möglichkeit gebe, dem Präsidenten Befehle zu erteilen.

Auf die Frage Bundesrat Sticks, ob Chairman Sprinkel mit dem gegenwärtigen Dollarkurs zufrieden sei, erklärt dieser, er sei mit dem Wechselkurs immer zufrieden, solange er das Ergebnis freier Märkte sei. Eine Zunahme des Wachstums in Europa und Japan werde den Dollar tendenziell weiter sinken lassen, wobei er allerdings nicht mehr mit grossen Veränderungen rechne.

Bundesrat Stich dankt seinem Gesprächspartner für das gezeichnete Bild der gegenwärtigen Wirtschaftslage in den USA und gibt seiner Hoffnung Ausdruck, dass die positive Prognose Realität werde. Nachdem die USA für die Schweiz zum zweitwichtigsten Absatzland geworden seien, hätten wir natürlich ein noch grösseres Interesse am Wohlergehen der amerikanischen Wirtschaft. Zudem erwarte er von der positiven konjunkturellen Entwicklung in Europa eine weitere Konvergenz der Wirtschaftsentwicklung und damit auch eine grössere Stabilität der Wechselkurse.

VERTRAULICH

Besuch von Herrn Bundesrat Otto Stich, Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements, bei SALOMON BROTHERS, INC., One New York Plaza, New York, am Mittwoch, den 9. April 1986

KURZPROTOKOLL

Herr Bundesrat Otto Stich wurde zusammen mit den Herren Direktor Waldemar Jucker, EFV, Vizedirektor Daniel Kaeser, EFV, Botschafter Bernard de Riedmatten und Werner Baumann vom Generalkonsulat New York, von Herrn Henry KAUFMAN (K), Managing Director and member of the Executive Committee, Salomon Brothers Inc., im Beisein von Herrn Thomas W. Strauss, Managing Director, empfangen.

Das Gespräch berührte die folgenden Themenkreise : die wirtschaftlichen Aussichten der Vereinigten Staaten, die US-Geldpolitik, das US-Bankensystem und den Finanzplatz Schweiz.

1. Die Tatsache, dass sich die amerikanische Wirtschaft in den letzten zwei Jahren mit einem jährlichen Realwachstum des Bruttosozialproduktes von weniger als 2 Prozent in einer unter der üblichen Norm liegenden Aufschwungsphase befand, ermöglichte gemäss K eine so lang anhaltende wirtschaftliche Expansion - sie gehe jetzt ja bereits ins vierte Jahr -, die aller Voraussicht nach auch noch dieses Jahr und ins Jahr 1987

anhalten werde. Nach K stehen für diese optimistische Prognose die folgenden Faktoren im Vordergrund : Der namhafte Rückgang der Zinssätze verbillige die Investitionen und habe sich in den letzten Monaten bereits signifikant im Anstieg des Wohnungsbaus ausgewirkt (langfristige Finanzierungs- und Refinanzierungsmöglichkeiten zu festen Zinssätzen). Die Abwertung des Dollars werde spätestens im Herbst dieses Jahres zu einem deutlichen Abbau des Handelsbilanzdefizits führen. Die Lagerbestände, wenn man von der Autoindustrie absehe, seien sehr tief. Die Beschäftigung weise zunehmende Tendenz auf und das persönliche Einkommen werde sich real verbessern. K sagt für die zweite Hälfte des Jahres 1986 ein reales Wachstum des US-Bruttosozialproduktes von 4 1/2 Prozent voraus. In der ersten Hälfte des Jahres werde es sich um 2 1/2 Prozent bewegen. Der verzögerte Anstieg beruhe darauf, dass die genannten Faktoren erst in einigen Monaten voll zum Tragen kämen.

Allerdings darf nach K nicht ausser Acht gelassen werden, dass die Aenderung auch nur einer Rahmenbedingung den vorgezeichneten Aufschwung für die zweite Jahreshälfte gefährden könnte, wie z.B. ein weiterer massiver Fall des Dollars oder eine klare Trendwende an den Börsen. Namentlich der Faktor "Aktienmarkt" sei nicht frei von Risiken, könne doch niemand die Frage beantworten, wieviel spekulative Elemente seinem rasanten Anstieg zugrundeliegen. Aber selbst gesundheitliche

Schwierigkeiten des Präsidenten der Vereinigten Staaten oder ein Rücktritt des Vorsitzenden des Fed, Volcker, könnten sich auf den Aufwärtstrend der Wirtschaft negativ auswirken. Ein weiteres Risiko liege in einer allfälligen Verschärfung der Verschuldungskrise, habe es doch eine ganze Anzahl Finanzinstitute, die unterkapitalisiert seien.

2. Die Notenbank wird, so K, namentlich da infolge des Erdölpreiserfalls die Inflationserwartung gering ist, weiterhin eine akkommodierende Geldpolitik betreiben. Eine Straffung hätte eine Erhöhung des Dollars zur Folge, was die Notenbank nicht wolle. Die Zinssätze werden sich nach K bei den kurzfristigen Anleihen stabilisieren und bei den längerfristigen eher noch rückläufig sein.
3. Auf die Lage des US-Bankensystems im Lichte der Verschuldungskrise und der Probleme im Energie- und Landwirtschaftssektor angesprochen, gibt K zu verstehen, dass die Stabilität des Bankensystems nicht gefährdet sei. Von den angesprochenen Problemkreisen seien nur ein Teil der Grossbanken der Geldzentren sowie einige Regionalbanken betroffen. Die Zentralbank werde im Notfall die nötige Liquidität zur Verfügung stellen. Sie werde den Zugang zu den traditionellen Notenbankkrediten offenhalten. Auch eine direkte Unterstützung durch das Bundeseinlageversicherungssystem mittels Einschüssen, die zum Eigenkapital geschlagen werden könnten,

wie dies kürzlich bei einigen Sparbanken geschehen sei, stehe notfalls offen. Die Gefahr einer Kettenreaktion, die auch das internationale Finanzsystem in Gefahr bringen könnte, sei auch im Lichte des Continental Illinois Falles gesehen gering. Um allfälligen Krisensituation rechtzeitig entgegenwirken zu können, komme allerdings dem wesentlich verbesserten gegenseitigen Informationsaustausch zwischen den Zentralbanken ausschlaggebende Bedeutung zu.

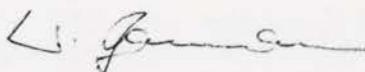
Auf eine entsprechende Frage bestätigt K, dass der international feststellbare Trend weg vom traditionellen Bankkredit in das Wertpapiergeschäft (Securitisations) im amerikanischen Finanzmarkt besonders ausgeprägt ist. Emissionen von Commercial Papers, lang- und mittelfristigen Obligationen für Gesellschaften, Zinsswaps und Währungsswaps im grossen Stil seien an der Tagesordnung. Heute würden sogar Obligationen für nicht erstklassige Schuldner emittiert.

4. Im Zusammenhang mit dem Hinweis, dass Salomon Brothers am 1. Januar dieses Jahres eine Niederlassung in Zürich eröffnet hat, auf den Finanzplatz Schweiz angesprochenen, erklärt Herr Strauss, dass der Finanzplatz sich nach wie vor durch grosse Attraktivität auszeichne. Heute befänden sich jedoch die internationalen Finanzplätze in einer Phase der Deregulierung. Je mehr die Schweiz diesem Trend folgen werde, desto attraktiver

werde der Finanzplatz Schweiz. Die Stempelsteuer stelle
in der Tat für einen aktiven Portfoliomanager ein Problem
dar.

Österreichischen Finanzdepartements, bei der CHEMICAL
NEW YORK CORPORATION, 277 Park Avenue, New York, am
Mittwoch, den 9. April 1986.

KURIPROTOKOLL



Werner Baumann

Herr Bundesrat Otto Stich wurde von den Herren
Direktor Waldemar Jucker, EPV, Vizepräsident Daniel Kasser,
EPV, Botschafter Bernard de Riedmatten und Werner Baumann
vom Generalkonsulat New York vom Vorsitzenden des Verwaltungsrates
der Chemical New York Corporation, Walter V. SHIPLEY (SR),
in Beisein der Herren Alan B. Fishman, Senior Executive Vice
President und Charles F. Meissner, Vice President, empfangen.

New York, den 10. April 1986.

folgenden Themenkreis: die
wirtschaftlichen Aussichten der USA, die Verschuldungskrise und
den Finanzplatz Schweiz.

1. Prognosen über die kurz- und mittelfristige Entwicklung der
amerikanischen Wirtschaft sind nach S. angesichts der grossen
Unsicherheit des Erdölpreises nur von beschränkter
Aussagekraft. Er sei zwar kürzlich aus dem Wahn Gestein mit
dem Eindruck zurückgekehrt, dass Saudiarabien nicht gewillt
sei, seine derzeitige Förderpolitik einseitig zu ändern. Dar

VERTRAULICH

Besuch von Herrn Bundesrat Otto Stich, Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements, bei der CHEMICAL NEW YORK CORPORATION, 277 Park Avenue, New York, am Mittwoch, den 9. April 1986

KURZPROTOKOLL

Herr Bundesrat Otto Stich wurde zusammen mit den Herren Direktor Waldemar Jucker, EFV, Vizedirektor Daniel Kaeser, EFV, Botschafter Bernard de Riedmatten und Werner Baumann vom Generalkonsulat New York vom Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Chemical New York Corporation, Walter V. SHIPLEY (S), im Beisein der Herren Alan H. Fishman, Senior Executive Vice President und Charles F. Meissner, Vice President, empfangen.

Das Gespräch berührte die folgenden Themenkreise : die wirtschaftlichen Aussichten der USA, die Verschuldungskrise und den Finanzplatz Schweiz.

1. Prognosen über die kurz- und mittelfristige Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft sind nach S angesichts der grossen Unsicherheit des Erdölpreises zurzeit nur von beschränkter Aussagekraft. Er sei zwar kürzlich aus dem Nahen Osten mit dem Eindruck zurückgekehrt, dass Saudiarabien nicht gewillt sei, seine derzeitige Förderpolitik einseitig zu ändern. Der

Oelpreis dürfte somit zumindest vorläufig tief bleiben.

Die daraus resultierende Kombination tiefer Zinssätze und geringer Inflationswerte werde einen stimulierenden Effekt auf das Wirtschaftswachstum ausüben, zu einem Zeitpunkt, wo eigentlich ein Abflachen erwartet wurde. Auch hält S dafür, dass der Dollar zumindest ausreichend an Wert verloren hat, um sich merklich auf das Handelsbilanzdefizit der Vereinigten Staaten auszuwirken. Er sollte sich jetzt eigentlich einpendeln. Gesamthaft gesehen bestünden positive Voraussetzungen für ein Fortdauern des Wirtschaftswachstums im Jahre 1986 und ins Jahr 1987 hinein. Ein massiver Anstieg des Erdölpreises könnte das Bild jedoch sehr schnell trüben.

Ein Beleg, dass das Vertrauen in die US-Wirtschaft zurzeit noch intakt ist, sieht S auch in der Tatsache, dass die Dollarabwertung und die Abflachung der Realzinsdifferenz nicht zu dem von vielen befürchteten massiven Kapitalabfluss geführt hat. Vielmehr bestehe noch ein mehr als hinreichender Kapitalfluss in die USA.

Als vordringlich für eine Lösung des Problems des Handelsbilanzdefizits erachtet S, dass sich das amerikanisch-japanische Verhältnis einspielt. Es seien auf japanischer Seite vermehrt Anzeichen eines besseren Verständnisses der Situation festzustellen. Die Erkenntnis wachse, dass der Handelsverkehr mit den USA keine Einbahnstrasse sein könne.

Jedoch habe Japan noch einen weiten Weg vor sich. Die protektionistischen Strömungen in den Vereinigten Staaten sind - so S - nach wie vor eine Realität, doch hätten sie in jüngster Zeit wesentlich an Schwungkraft verloren.

Bundesrat Stich gibt zu bedenken, dass für die Schweiz ein realistischer Wechselkurs US\$ - SFR von grosser Bedeutung ist, beeinträchtigte doch ein schwacher Dollar die Exportmöglichkeiten unserer Industrie in einen der wichtigsten Absatzmärkte wesentlich. So wie die Situation sich derzeit darstelle, rechnet er mit einer positiven Entwicklung und gibt seiner Hoffnung Ausdruck, dass die Wirtschaftspolitiken der Staaten sich künftig angleichen und somit die Fluktuationen in den Wechselkursen geringer werden.

2. Auf die Haltung der Schweiz zur Baker-Initiative angesprochen, erklärt Bundesrat Stich, dass die Schweiz die Initiative ausdrücklich begrüsst und als ein Schritt in die richtige Richtung betrachte. Was die Beteiligung der privaten Banken betrifft, sollten sie jedoch nur Investitionen finanzieren, aber keine Zahlungsbilanzhilfe leisten.

S zeigt sich über diese Aussage erfreut, sei er sich doch von einigen Schweizerbanken ganz andere Töne gewohnt. Die Situation in der Verschuldungsfrage habe sich mit der Tatsache, dass auch die Regierungen der Gläubiger sich jetzt

aktiv mit der Krise befassten und nicht wie bis zur Baker-Initiative das Ganze weitgehend als eine Sache zwischen den Geschäftsbanken und den Schuldnerländern betrachteten, wesentlich zum Besseren gewandelt.

Die in der Baker-Initiative zum Ausdruck gekommene veränderte Grundhaltung hat nach Bundesrat Stich auch in der Einstellung der US-Administration zur Frage der Währungspolitik ihren Niederschlag gefunden. Die USA hätten realisiert, dass sie auch in dieser Frage als führende westliche Macht eine besondere Verantwortung trügen. Es bestehe heute von Seiten des Schatzamtes ein klarer Wille zum Gespräch und Meinungsaustausch mit allen Interessierten vor Lancierung allfälliger Initiativen.

3. Herr Fishman (F) unterstreicht die Bedeutung des schweizerischen Finanzplatzes für die Chemical Bank, die seit geraumer Zeit in Zürich und seit diesem Jahr neu auch in Genf vertreten ist und sich mit grossem Erfolg im investment banking betätigt. Er gibt aber zu bedenken, dass auch wenn der Finanzplatz Schweiz bisher noch nichts von seiner Attraktivität eingebüsst habe, gewisse Rahmenbedingungen namentlich die Stempelsteuer längerfristig gesehen zu einem Problem werden und zu einer Abwanderung in andere Finanzzentren führen könnten.

KONFEDERATIONSSCHWEIZERISCHES FINANZDEPARTEMENT
DEPARTEMENT FÉDÉRAL DES FINANCES
DIPARTIMENTO FEDERAL DELLE FINANZE
19.06

F wirft schliesslich noch die Frage auf ob die seiner Ansicht nach zunehmende Gewichtsverschiebung von der Nationalbank zum Bundesrat anhalten werde. Bundesrat Stich verweist darauf, dass eine vernünftige Wirtschaftspolitik, eine gewisse Stabilität garantieren sollte. Ein Grossteil der Instrumente für die technische Durchführung dieser Politik liege jedoch bei der Notenbank. Dies bedinge ein vernehmliches Handeln mit der Notenbank. Die Hauptverantwortung sollte aber die Regierung tragen.

Nach S hat sich auch zwischen Schatzsekretär Baker und dem Vorsitzenden des Fed, Volcker, ein enges und gutes Verhältnis entwickelt. Die Stellung Volckers sei denn auch, entgegen den im Zusammenhang mit der letzten Diskontsatzsenkung verbreiteten Gerüchten, nach wie vor unerschüttert.


Werner Baumann

New York, den 10. April 1986.